

Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die AfD-Fraktion sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten Herr Langguth, Herr Neppe und Herr Pretzell.

Damit ist ein Ergebnis für festgestellt. Von der Mehrheit des Hohen Hauses sind die **Spiegelstriche 1 bis 7 des Abschnitts II des Entschließungsantrags Drucksache 17/6336 angenommen**.

Ich rufe nun auf den Abschnitt mit dem achten Spiegelstrich des Abschnitts II. – Hauptsache, Sie alle wissen, worum es geht. Ich habe es nicht gelesen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja, sicher! Aber hundertprozentig!)

Dann wollen wir mal sehen, wie da abgestimmt wird.

Wer stimmt also dem achten Spiegelstrich des Abschnitts II zu? – CDU, FDP, Grüne und AfD stimmen zu. Wer stimmt gegen diesen Spiegelstrich? – Die SPD stimmt dagegen.

(Lachen von Henning Höne [FDP])

Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der drei fraktionslosen Kollegen Langguth, Neppe und Pretzell ist auch dieser **achte Spiegelstrich des Abschnitts II** mit einer Mehrheit im Hohen Hause **angenommen**.

Wir kommen drittens zur **Gesamtabstimmung** über den Entschließungsantrag Drucksache 17/6336. Wer stimmt diesem in seiner Gesamtheit zu? – CDU und FDP stimmen ihrem Entschließungsantrag zu. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen gegen diesen Entschließungsantrag. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von der AfD-Fraktion und der drei fraktionslosen Kollegen ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/6336** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **4 Europäische Klimapolitik forcieren: CO<sub>2</sub> einen Preis geben und Energiegeld einführen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5724

In Verbindung mit:

#### **Bürger schützen – NRW sagt Nein zu einer CO<sub>2</sub>- Steuer**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6263

Die Aussprache ist eröffnet. Zunächst spricht für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Rimmel.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Tagesordnung im Landtag ist gut gestrickt. Von der Kinderbildungspolitik zur Zukunft der europäischen Klimaschutzpolitik ist der Weg, so glaube ich, nicht sehr weit. Ich versuche deshalb – es gibt viele Argumente –, in einer Art Speed Policy sechs Argumente möglichst in fünf Minuten vorzutragen.

Die Argumente der Grünen stehen bei den Koalitionsfraktionen vielleicht nicht ganz oben im Ranking. Mit den Forderungen von „Fridays For Future“ will ich Ihnen jetzt nicht kommen. Ich will Ihnen auch nicht damit kommen, dass eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung in vielen anderen europäischen Ländern – in Schweden, in Finnland, in Großbritannien, in Island, in der Schweiz – schon eingeführt ist.

Ebenso wenig will Ihnen kommen mit Politikerinnen und Politikern, die Ihnen nahestehen, beispielsweise die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein oder vom Saarland. Auch Herr Schäuble fordert eine solche Bepreisung. Ich will Ihnen auch nicht kommen mit verschiedenen Wirtschaftsverbänden, die auf Bundes- und Landesebene eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung fordern.

Ich will Ihnen auch nicht kommen mit Zitaten aus der Wissenschaft. Naheliegender wäre, hier Professor Schmidt vom RWI Leibniz-Institut in Essen zu zitieren oder Herrn Ottmar Edenhofer.

Ich will Ihnen aber kommen mit Ihren eigenen Argumenten bzw. den Argumenten Ihrer Landesregierung. Dafür lassen Sie mich bitte aus den Ausführungen der Landesregierung zitieren:

„Für eine Nejustierung der Energiewende benötigen wir ein ganzes Maßnahmenbündel, das die derzeit losen Enden der Energiewende sinnvoll zusammenführt.“

Das soll mit einer neuen Energieversorgungsstrategie geschehen. Hier ist unter anderem erwähnt:

„... stärkere Anreize für eine Sektorenkoppelung und Belegung der Sektoren, die nicht dem EU-weiten Emissionshandel unterliegen, mit einem CO<sub>2</sub>-Preis, der Teile der bisherigen Abgaben und Steuern ablöst.“

So Minister Pinkwart am 10. Oktober letzten Jahres hier im Landtag.

Ein weiteres Beispiel findet sich im „Kölner Stadt-Anzeiger“: Umweltministerin Ursula Heinen-Esser begrüßt die Überlegungen zur Einführung einer Klimaschutzabgabe. Es ist erfreulich, dass die Debatte um ein Steuer- und Steuerungssystem für einen effektiven Klimaschutz jetzt an Fahrt aufgenommen hat. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder ein CO<sub>2</sub>-Preis könne ein wirksames und wirkungsvolles Instrument sein. – So im „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Ich könnte meine Argumentation daher abkürzen und mache Ihnen das Angebot, sozusagen einen Koalitions-Joker zu ziehen. Lassen Sie uns hier und heute auf dieser Basis eine gemeinsame Entschließung finden. Dann hätten wir eine kurze Debatte, und das wäre ein klares Signal des Landtages.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sehe eher Skepsis in Ihren Augen. Deshalb muss ich wohl doch weiter argumentieren.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Mein zweites Argument ist ein grundsätzliches. Es ist ein uraltes Argument, eine uralte Forderung, nämlich dass die Preise, die am Markt ausgewiesen werden, der ökologischen Wahrheit entsprechen, und das gilt nicht nur für die Energie oder die Energieerzeugung, sondern das gilt auch für Material, und das gilt auch für den Konsum. Am Ende muss stehen: Klimaschutz ist billiger. – Dazu braucht es ein wirkungsvolles Instrument.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen noch ein drittes Argument nennen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Es reicht nicht aus, in Sonntagsreden oder im Koalitionsvertrag den Pariser Vertrag zu loben und zu sagen: „Das ist die Grundlage unserer Politik“, sondern man muss auch von montags bis freitags erklären, wie das Ganze umgesetzt werden soll.

Der Pariser Vertrag ist eine internationale Vereinbarung, mit der nationale Gaben oder entsprechende Leistungen beschlossen worden sind. Am Ende ist es Mathematik. Mathematik muss beschreiben, wie Menge und Zeit zusammengehen. Die Zeit ist begrenzt, und daher gibt es nicht so viele Instrumente, die so marktwirtschaftlich orientiert sind wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Klar ist auch: Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist nicht alles, aber wenn man sich die Vorgaben vor Augen hält, dann wird klar: Ohne eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist alles nichts.

Nun mag man einwenden – das wird sicherlich auch Teil der weiteren Debatte sein –: Schön und gut, aber ist eine solche Abgabe oder Bepreisung auch sozial ausgewogen? Würden nicht am Ende einkommensschwache Haushalte sowie Menschen im ländlichen Raum die Zeche zahlen?

Unsere Antwort ist klar: Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist nur dann zu vermitteln, wenn sie sozial gerecht ist, also aufkommensneutral. Dazu gibt es viele Beispiele. Wir schlagen die Einführung eines Energiegeldes vor. Hier gilt als Vorbild die Schweiz. Professor Ottmar Edenhofer hat das für Deutschland durchgerechnet. Das Ergebnis ist eindeutig: Am Ende ist eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung sozialer,

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

denn wer bei CO<sub>2</sub> spart, verdient mit dem Energiegeld beim Klimaschutz. Das muss unser aller Anliegen sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer Einwand wird sein: Macht eine CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht nur dann Sinn, wenn sie europaweit erhoben wird?

(Helmut Seifen [AfD]: Die armen Leute!)

Ja, klar ist, optimal wäre eine solche Einführung. Paris ist ein deutliches Signal, ein großer Erfolg. Aber die EU darf sich auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen. Es müssen weitere Schritte folgen. Es steht auf dem Spiel – auch bei der Wahl am kommenden Sonntag –, weitere Schritte auf dem Weg zu einer Klimaunion zu gehen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aber das Prinzip „Alle oder keiner“ ist längst Geschichte

(Helmut Seifen [AfD]: Ach!)

und überholt uns bereits. Finnland hat eine solche Abgabe eingeführt, Schweden, Slowenien und Großbritannien arbeiten seit Längerem damit. Die Frage ist also nicht mehr: „Gehen wir voran?“, sondern die Frage ist: Sind wir dabei? Sind wir auf dem Spielfeld, und spielen wir mit? – Denn wenn wir auf dem Spielfeld sind, können wir auch bei den Bedingungen, wie eine Ausgestaltung erfolgen soll, mitbestimmen. Deshalb müssen wir europäisch auf das Spielfeld aufspringen.

Sechstes und letztes Argument: Warum hat NRW, warum haben wir ein besonderes Interesse an einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung? – Ja, am Ende stehen industrielle Lösungen, die in die Massen Anwendung kommen müssen. Aber hier ist Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälische Industrie, die an Klimaschutz und Nachhaltigkeit orientiert ist, Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Deshalb brauchen wir auch aus nordrhein-westfälischer Sicht dringend eine solche CO<sub>2</sub>-Bepreisung,

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

um den Markt innovativer zu gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Remmel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! CO<sub>2</sub> ist die Lebensgrundlage aller Bäume und Pflanzen auf der Welt. Ohne CO<sub>2</sub> gäbe es kein Leben. CO<sub>2</sub> macht die Welt grüner; dies ergibt auch eine NASA-

Studie. In den Nachrichten jedoch gibt es hauptsächlich Katastrophenberichte wie in einem schlechten Film. Aber Deutschland ist – zumindest nach Ihrer Meinung – der Held; Deutschland wird die Welt retten.

Dabei hat Deutschland nur einen extrem geringen Anteil, wenn man es mit Ländern wie USA, China oder Indien vergleicht. Im Energiesektor bringen die Bemühungen nur eines: Sie machen die Windkraftindustrie und die Solarindustrie steinreich. Einen Effekt auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß innerhalb der EU gibt es mit einem neuen Windrad nicht. Denn wir haben ja schon eine europäische Lösung: einen EU-weiten Zertifikatehandel. Alles, was wir in Deutschland an CO<sub>2</sub> sparen, können dann Länder wie Polen oder Frankreich mehr in die Luft pusten. Der Effekt ist gleich null.

Für Deutschland aber gilt dies nicht so ganz. Denn Deutschland gibt 25 Milliarden Euro mehr für den EEG-Strom aus, als Graustrom kosten würde – 25 Milliarden Euro, die letztendlich fehlen, um vielleicht gute Projekte zu machen, die der Welt helfen.

Auf der Welt stirbt alle 10 Sekunden ein Kind an Hunger. 2 Milliarden Menschen auf der Welt haben kein sauberes Trinkwasser. Und wir verschwenden jedes Jahr 25 Milliarden Euro, die wir wirklich sinnvoller einsetzen könnten.

(Beifall von der AfD)

Doch statt solche Probleme anzugehen, wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben. Der Finanzminister braucht Geld und freut sich schon auf die Vorschläge von Rot-Grün zu einer neuen CO<sub>2</sub>-Steuer. Dabei wird verschwiegen, dass wir bereits jetzt Steuern auf unsere Produkte haben:

Wer im Restaurant ein Steak isst, zahlt natürlich Steuern, die Mehrwertsteuer, und leistet damit schon einen Beitrag. Auch auf Benzin gibt es bereits Steuern: die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer. Wenn Sie das auf einen Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> umrechnen, haben wir bereits jetzt eine Steuer von mehr als 300 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> beim Benzin.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Aber das reicht Ihnen noch nicht mal. Sie fordern weitere Steuern, also weitere Kosten. Sie wollen den Bürger weiterhin schröpfen. Die Grünen können sich vorstellen, dass alles, wirklich alles mit einem CO<sub>2</sub>-Preis belegt werden soll.

Ich zitiere aus Ihrem Antrag:

„Dafür muss das Treibhausgas CO<sub>2</sub> aus allen Quellen endlich einen wirksamen Preis bekommen.“

Da können wir nur sagen: Augen auf beim Mineralwasserkauf!

Jetzt, vor der EU-Wahl, herrscht aber Uneinigkeit bei den regierungstragenden Fraktionen in NRW und im Bund:

Bundesumweltministerin Schulze von der SPD ist brennend dafür. Das kennen wir aus der damaligen Diskussion über die Mehrwertsteuererhöhung.

Herr Altmaier von der CDU lehnt die Steuer noch ab.

Herr Weber sagt: Lassen wir es jetzt wegen der Gelbwestendemonstrationen, die dann kommen, lieber sein.

Die FDP ist wohl dafür, will aber Ausnahmen für die Industrie.

Frau Merkel wertet anscheinend noch die Umfragen aus. Von ihr ist nur zu hören, dass sie wohl wie Olaf Scholz zumindest bei Benzin keine CO<sub>2</sub>-Steuer haben will. Sie sieht uns mal wieder auf einem Weg mit gewaltigen Anstrengungen.

(Zuruf von der AfD: Wir schaffen das!)

Meine Prognose ist: Wir bekommen jetzt die nächste Kommission. Nach der Ethikkommission zum Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohlehasserkommission zur Zerstörung der Arbeitsplätze im Rheinischen Revier wird jetzt die Klimaretterkommission kommen – mit dem Ergebnis einer CO<sub>2</sub>-Steuer und der Aussage: Dann ist sie halt da.

Herr Laschet baut schon mal vor und hält es für falsch, Nein zu sagen. – Das heißt aber nichts anderes, als dass Herr Laschet sie einführen, also Ja sagen will.

Die Wahrheit ist doch: Uns wird ein Bürokratiemonster aufgebürdet werden. Wie viel CO<sub>2</sub> steckt denn in den Produkten? Was ist mit dem Hundefutter für den Hund meiner Schwester? Was ist mit dem neuen Fahrrad für mein Kind? Was ist mit dem Drucker, dem Druckerpapier oder der Druckerpatrone für meinen Drucker? Was ist mit der Glocke des Präsidenten?

Was ist mit der Grillwurst? Bei der Grillwurst kommt es darauf an, ob es eine Grillwurst aus Schweinefleisch, aus Tofu oder aus Rindfleisch ist. Wenn es Biorindfleisch war, heißt das, die Kuh war länger auf der Weide und hat mehr Methan ausgestoßen? Haben Sie Holzkohle oder Gas zum Grillen verwendet? Wie kross haben Sie die Wurst denn gebraten? All das müssten Sie doch jetzt berücksichtigen.

(Zuruf von der AfD: Das wissen die Grünen alles! – Zuruf von den GRÜNEN)

Das Umweltbundesamt schätzt, dass Rindfleisch einen Ausstoß von 7 kg bis 28 kg CO<sub>2</sub> pro Kilo Rindfleisch verursacht.

(Zuruf von der AfD: Untergang des Landes!)

Das ist allein bei der Schätzung des Umweltbundesamts eine Spanne von 400 %. Greenpeace sagt, es sind 13,3 kg; der WWF spricht von 15,4 kg. Was genau soll denn gelten? Ich kann Ihnen sagen, auf EU-Ebene wird eine Spanne kommen, bei der die Italiener auf 7 kg und wir auf 28 kg zahlen. Das ist sicherlich das EU-Programm.

Was wollen Sie alles besteuern? Wollen Sie auch schon das Futter des Rindes besteuern? Und am Ende, wenn das Rind verkauft wird, noch mal das Rindfleisch? Oder kriegt der Bauer einen Vorsteuerabzug wie bei der Mehrwertsteuer? Gibt es dann die Anlage CO<sub>2</sub> in der Einkommensteuererklärung?

Sie sehen, das wird unglaublich kompliziert. Aber natürlich soll das Ganze am Ende auch noch gerecht sein. Da gibt es völlig irre Vorschläge, die lauten: Das ganze Geld, das wir über einen Bürokratiedschungel eingenommen haben, schütten wir dann wieder an die Bürger aus.

(Helmut Seifen [AfD]: Vor allem gendergerecht!)

– Ja, gendergerecht muss es dann am besten auch noch sein. – Zählt dann jeder Bürger gleich? Oder zählt ein Kind oder ein Rentner mehr oder weniger? Am Ende ist es doch nichts anderes als eine neue Mineralölsteuererhöhung oder eine Mehrwertsteuererhöhung. Es wird nur anders verkauft, nämlich über eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Das ist doch letztendlich Schattenboxen auf Kosten der Steuerzahler, meine Damen und Herren.

Dabei gibt es bereits genügend Steuern und Abgaben im Energiebereich: Stromsteuer, EEG-Umlage, KWK-Umlage, Offshore-Umlage, Erdgassteuer, Ökosteuer, Mineralölsteuer, Erdölbevorratungsbeitrag usw.

Erdgas, Öl, Kohle – alles wird besteuert. Wirklich alles? Nein, natürlich nicht Holz – Holz, welches im feinen, freistehenden Häuschen des Grünenwählers im Kamin vor sich hin knistert, während er sich überlegt, wo er als Nächstes hinfliegen wird. Natürlich wird er für den Flug ein Ablasshandel-Zertifikat kaufen, ein CO<sub>2</sub>-Zertifikat. Demnächst fährt er auf der Umweltspur in Düsseldorf moralisch erhaben an dem Malocher vorbei, der dann mit seinem zehn Jahre alten Diesel im Stau stehen wird. Ach, was ist das Leben schön, wenn man reicher Grünenwähler ist!

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Einfach!)

Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein interessantes Thema, das wir heute diskutieren. Ich glaube – mit Blick auf die letzten Tage und darauf, welche Themen wir im Vorfeld der Europawahl diskutieren –, dass es mittlerweile ein sehr großes Thema ist, wie wir mit CO<sub>2</sub> und einer entsprechenden Bepreisung umgehen. Deswegen habe ich mich auf die Debatte eigentlich gefreut.

Ich war allerdings etwas enttäuscht, nachdem ich hier den Beitrag vom Kollegen Remmel gehört und Ihren Antrag gelesen habe; denn, wenn wir mal ehrlich sind: Sie haben kaum konkrete Punkte genannt.

(Beifall von der CDU)

Das sind fünf Seiten Prosa, das sind Allgemeinplätze, das sind Worthülsen, aber das ist überhaupt nichts Konkretes, was denn eigentlich passieren soll.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt kommen Sie!)

Es ist nicht besonders redlich, sich in der politischen Debatte nur auf Allgemeinplätze zu beziehen und nicht konkret zu sagen, was man eigentlich will. Ich glaube zu wissen, warum Sie das machen.

(Michael Hübner [SPD]: Das würde mich bei der CDU auch mal interessieren!)

Im Grunde genommen ist das bei Ihnen die Angst. Sie bei den Grünen sonnen sich gerade in den guten Umfragewerten; das macht ja auch Spaß. Sie haben einen Vorsitzenden, Herrn Habeck, der überall gut ankommt, ohne Krawatte, mit Tweedsakko, Fünftagebart und wuscheliger Frisur. Er ist der perfekte Schwiegersohn. Da sagt auch meine Oma: Das ist ja irgendwie schön.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was ist denn jetzt los? Inhaltliche Argumente noch parat? Mann, oh Mann!)

– Ja, so ist das. So kommt der rüber. – Es gibt einen schönen Spruch, den ich gehört habe, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil er so gut ist. Er ist nicht von mir, aber er lautet: Alle 9 Minuten verliebt sich ein Journalist in Robert Habeck.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Kommen Sie, Herr Remmel hat ja hier zum Thema geredet! – Zuruf von den GRÜNEN: Nur kein Neid!)

Das trifft es eigentlich ziemlich gut, was da passiert.

Das ist aber insgesamt nicht ehrlich. Sie wollen nämlich gar nicht mit den Menschen diskutieren. Sie wollen sich einfach nur über die nächste Wahl retten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Herr Untrieser, kommen Sie bitte mal zum Thema!)

Sie hoffen, dass Sie Ihre Umfrageergebnisse in gute Wahlergebnisse ummünzen können, sagen dem

Bürger aber nicht, was Sie wollen. Denn eigentlich sind Sie in Ihrem Herzen immer noch die Partei des Veggiedays, der Verbote und der Steuererhöhung.

(Zurufe von den GRÜNEN: Eieiei!)

Das ist so bei den Grünen, davon kommen Sie nicht weg.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ich das mal sage:

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ziehen Sie doch die Krawatte aus! Sieht auch besser aus!)

1998 haben Jürgen Trittin und Joschka Fischer vorgeschlagen: Der Liter Benzin soll 5 DM kosten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der hat jetzt fünf Minuten über das Aussehen von Herrn Habeck geredet!)

Mittlerweile muss man ja bekennen: Man hat Respekt, dass die Grünen das damals gesagt haben, dass sie einen konkreten Vorschlag gemacht haben. Das ist genau das, was Sie heute nicht tun. Sie bekennen sich nicht. Sie sagen eben nicht, was für einen Preis Sie wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie gehen freitags zu den Demonstrationen von „Fridays for Future“. Frau Brems, Frau Düker, ich habe Sie da gesehen; ich bin da übrigens auch schon hingegangen. Es macht Spaß, mit den jungen Menschen zu diskutieren.

(Monika Düker [GRÜNE]: Aber Sie haben nichts gesagt! Sie wollen was hören! Warum haben Sie denn nichts gesagt!)

Ich finde das auch ein tolles Engagement. Das macht Spaß, weil man über alle Aspekte, die das beinhaltet, diskutieren kann.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wie stehen Sie denn zur CO<sub>2</sub>-Steuer?)

– Ich scheine hier bei den Kollegen der Grünen einen wunden Punkt getroffen zu haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir wollen mal was Inhaltliches hören!)

Darf ich ein bisschen weiter ausführen? – Vielen Dank.

Die „Fridays-for-Future“-Bewegung hat ja auch Forderungen aufgestellt: 180 Euro die Tonne CO<sub>2</sub>. – Ist das auch Ihre Forderung? Gehen Sie da mit? Machen Sie doch mal ein Preisschild dran. Sagen Sie doch mal, wie viel die Tonne CO<sub>2</sub> kosten soll, damit wir darüber diskutieren können. Denn – das sage ich Ihnen auch –: Bei diesen 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>

reden wir auch über eine Preissteigerung für den Liter Benzin um 45 Cent. Es ist ja auch in Ordnung, wenn Sie das fordern würden.

Aber ich fordere Sie auf: Bekennen Sie endlich mal Farbe! Lassen Sie uns doch mal darüber diskutieren, was es eigentlich bedeutet, und schielen Sie nicht einfach nur auf die nächste Wahl.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU)

Bei den Grünen ist es so: Sie können das alles ganz bequem so durchziehen; denn – da sind wir uns einig – die größten regulatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen werden auf der Bundesebene getroffen. Da sitzen Sie seit 2005 – ich möchte nicht sagen: am Katzentisch, aber Sie spielen auf dem Feld ja nicht mehr mit – in der Opposition und können sich immer nur beschweren.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nein, leider sitzen Sie da!)

Im Grunde genommen ist es die CDU – zugegeben: mal zusammen mit den Sozialdemokraten, mal zusammen mit den Freien Demokraten –, die wirksame Klimaschutzpolitik betreibt.

Ich möchte Ihnen dazu ein paar Fakten nennen: 2005 ist Angela Merkel als Bundeskanzlerin ins Amt gekommen; 14 Jahre ist das her. Sehen wir uns einmal an, wie sich der Strommix in dieser Zeit entwickelt hat: 2005 gab es noch null Offshore-Anlagen, jetzt – im Jahr 2019 – sind es 6,6-GW-Offshore-Anlagen in Nord- und Ostsee; das sind ungefähr sechs Atomkraftwerke. Beim Wind gab es 2005 eine installierte Leistung von 18 GW. Heute sind wir bei 53 GW installierte Leistung.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

PV, Solar – auch unter Bundeskanzlerin Angela Merkel –:

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

2 GW im Jahr 2005, und jetzt – im Jahr 2009 – sind es 47 GW.

Das ist Klimaschutz, der von der CDU gemacht wurde,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und das ist der richtige Weg, den wir auch weitergehen werden. Die Grünen haben dazu nichts beigetragen.

(Beifall von der CDU – Zuruf)

Ich komme noch einmal auf Nordrhein-Westfalen und Ihren Vorwurf zurück, wir würden hier nichts tun. – Wir haben uns dafür eingesetzt, dass „Sonderausschreibungen Wind“ jetzt ins EEG hineinkommen. Wir haben einen Antrag zur Geothermie vorgelegt; Sie haben das sieben Jahre lang verschlafen.

Wir sind die PV-Offensive in Nordrhein-Westfalen angegangen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben uns für die Senkung der Stromsteuer eingesetzt. – Das alles sind konkrete Maßnahmen, die wir in die Diskussion bringen und die wir in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Sie machen das nicht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen wir doch mal weiter, was in der Vergangenheit so passiert ist: Herr Kollege Remmel – wenn Sie schon das Wort ergreifen –, Sie waren von 2010 bis 2017 in diesem Land Umweltminister, und der Herr Kollege Becker – er hat zwar heute Geburtstag, aber das will ich ihm trotzdem nicht ersparen, auch wenn er gerade nicht hier ist – war fünf Jahre lang Staatssekretär.

Sie haben im Jahr 2012 hier ein Klimaschutzgesetz verabschiedet, in dem steht, dass Sie sich für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 einsetzen wollen. Ein Baustein, um das zu schaffen, sind Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden, beispielsweise auf Gebäuden, die im Eigentum des Landes stehen, weil man auf diese am schnellsten eine solche Anlage bauen kann.

Jetzt hat Ihre Kollegin Brems – dankenswerterweise für mich; für Sie wahrscheinlich nicht – einmal gefragt: Wie viel Fotovoltaikanlagen sind in den letzten Jahren auf den Gebäuden des Landes Nordrhein-Westfalen installiert worden? Darauf war die Antwort: Bei 4.600 Gebäuden haben wir insgesamt auf 81 Gebäuden Fotovoltaikanlagen –

(Zuruf von der FDP)

und davon sind nur drei in Ihrer Amtszeit errichtet worden. Das ist die Klimaschutzpolitik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen betrieben haben!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt komme ich noch einmal zum Antrag der AfD. Ich muss ehrlich sagen, es war auch schon einmal besser, was Sie aufgeschrieben haben. Nicht, dass es bisher gut war, aber das Niveau sinkt bei Ihnen maßgeblich. In diesem Antrag finden sich nur noch Zitate – Formatierungsfehler inklusive. Ein wenig hat man nach Ihrer Rede, Herr Loose, auch den Eindruck, dass immer die gleichen Argumente kommen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist völliger Unsinn. Sie reden total an den Menschen vorbei.

Sie von der AfD kommen mir ein bisschen vor wie die Kapelle auf der Titanic. Alle wissen eigentlich, was die Stunde geschlagen hat, was getan werden muss. Die Kapelle auf der Titanic spielt weiter. So agiert die AfD in diesem Bereich, allerdings mit dem Unterschied:

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Kapelle wusste eigentlich, was los ist. Sie hingegen versuchen immer noch, den Leuten zu erzählen, dass das leckgeschlagene Schiff im Hafen sicher ankommen wird. Machen Sie so weiter! Damit werden Sie keinen Erfolg haben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Ja, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Remmel.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Schönen Dank für die Möglichkeit der Zwischenfrage. – Ich habe Ihnen jetzt lange zugehört.

Ich habe am Anfang zwei Zitate genannt; zum einen eine Rede von Professor Pinkwart hier im Landtag und zum Zweiten eine Äußerung von Frau Ministerin Heinen-Esser. Beide sprechen sich für eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung aus. Teilt die CDU-Fraktion diese Haltung ihrer Minister?

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Vielen Dank für die Zwischenfrage. – Mir ist auch aufgefallen, dass Sie in Ihrer Rede eigentlich die Hälfte der Redezeit darauf verwandt haben, die Minister zu zitieren.

Zu Ihrer konkreten Frage ganz ehrlich: Sie haben das als Diskussionsgrundlage eingebracht, und wir sind im Moment noch offen, was passieren soll. Deswegen habe ich auch am Anfang ausgeführt, dass ich es interessant finde, das zu diskutieren. Wenn Sie hier aber einen Vorschlag einbringen mit den Worten: „Wir könnten uns das vorstellen“, dann möchte ich von Ihnen auch hören, welches Preisschild Sie darauf heften. Sagen Sie, wie viel Euro die Tonne CO<sub>2</sub> kosten soll, und dann können wir uns im Ausschuss und darüber hinaus noch einmal unterhalten.

Damit komme ich zum Schluss. Den Antrag der AfD wollen wir ablehnen. Dem Antrag der Grünen stimmen wir selbstverständlich zur Überweisung in den Ausschuss zu. Ich bin gespannt, was die Debatte bringt.

Außerdem fordere ich Sie, die Kollegen von den Grünen, noch einmal auf: Bekennen Sie Farbe! Machen Sie es wie Herr Trittin und vielleicht wie Herr Fischer. Erklären Sie, was es kosten soll, und dann können wir über alles diskutieren. Machen Sie aber nicht so weiter wie bisher, indem Sie keine konkreten Maßnahmen einbringen. – Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade während der Debatte bei meiner Frau angerufen. Ich kann für Sie, Herr Untrieser, und den Ministerpräsidenten ein altes Sakko besorgen. Für den Dreitagebart müssen Sie aber selbst sorgen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Wenn Ihnen das so wichtig ist und Sie so wenig Selbstbewusstsein haben, dass Sie hier stundenlang Herrn Habeck zitieren und dann noch einfordern, es sollte hier einmal klar zur Sache gesprochen werden ...

(Zuruf)

Von Ihnen kein einziger Satz. Da stellen Sie sich als CDU-Mitglied hierhin, obwohl wir wissen, dass Herr Scheuer jeden Ansatz von Klimaschutz verhindert, der in Berlin auch nur angedacht wird. Es kommt gar nichts. Über Herrn Seehofer will ich gar nicht reden, wenn wir über Gebäudesanierung sprechen. Nullkommanull – gar nichts.

(Henning Rehbaum [CDU]: Ich bin bei der CDU! – Gegenruf von der SPD: Sei froh!)

Dann kommen Sie hier mit Habeck und verweisen auf die guten Taten der CDU. Der Einzige oder die Einzige – da haben Sie tatsächlich recht –, die sich mittlerweile darum bemüht, ist Angela Merkel, weil sie merkt: Ende des Jahres werden Strafzahlungen für die Emissionen fällig, die im Verkehr- und Gebäudebereich auftreten, und die müssen Seehofer und Scheuer zahlen.

Ich sage Ihnen eins: Wir Sozialdemokraten wollen, dass das Geld im Land bleibt und für Investitionen ausgegeben wird.

(Beifall von der SPD)

Sie hingegen blasen sich hier auf, was Sie in Berlin alles tun! Nichts! Dann rufen Sie doch dort mal an! Oder ist der Einfluss von Herrn Laschet so gering, dass er Herrn Scheuer – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht mal anschieben kann, hier voranzukommen, Kolleginnen und Kollegen? – Das war gerade gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie solche Reden halten, bin ich schon erstaunt. Ich habe vorhin meine Mitarbeiter einmal gebeten, nachzuschauen, was Herr Töpfer denn dazu gesagt hat, aber ich wollte auch nicht in diese Maßnahmen fallen. Bei ihm war schon immer klar, dass

Preise ehrlich sein müssen. Bei ihm war schon immer klar, dass wir hier gemeinsam arbeiten müssen – also ein wenig Aussage dazu.

Das Dollste ist: Ihr Spitzenkandidat für die Europawahl lehnt die CO<sub>2</sub>-Steuer auch noch ab und redet und schwurbelt drumherum, da müsste man sich irgendwelcher Instrumente bedienen.

Sie haben doch jetzt Muffe, weil die Werte von Herrn Weber sinken, und blasen sich hier auf, um bloß nicht klar zu sagen, was Sie wollen, wenn er einmal Kommissionspräsident werden sollte. Wird er eh nicht, aber machen Sie es wenigstens ordentlich und kommen Sie nicht mit Habeck und Co.; das ist echt schwach.

(Beifall von der SPD)

Jetzt habe ich die halbe Redezeit damit verbracht, mich daran abzarbeiten. Das ist echt schade für dieses wichtige Thema.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Blicken wir einmal in die Vergangenheit. Worüber reden wir denn hier eigentlich? – Seit rund 14 Jahren existiert der europäische Emissionshandel. Ich bin seit 2005 hier, und es hat heftige Auseinandersetzungen gegeben. Wir waren uns immer einig, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Industrie im Blick haben müssen.

Die Zertifikatpreise für CO<sub>2</sub> steigen in den letzten Monaten. Der Ausstoß von Treibhausgasen hat sich allerdings – das geben wir zu, das ist auch so – von 1990 bis 2018 nur um 31 % verringert. Festgelegt – auch von Ihrer Kanzlerin auf einer Klimakonferenz in Paris – waren 40 %.

Ich will das einmal sagen, weil bei den Zuständigkeiten in der Bundesregierung immer so getan wird, als wäre es die Bundeskanzlerin gewesen, wenn es gut läuft, und der SPD-Minister, wenn es schlecht läuft. Das können Sie natürlich so nicht machen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Im Pariser Klimaabkommen haben wir uns verpflichtet, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C, im Idealfall auf 1,5°C zu begrenzen. Sie haben vorhin die Schülerinnen und Schüler zitiert. Ich glaube, dass diese Schülerinnen und Schüler uns den Spiegel vorhalten, dass wir so nicht weitermachen können und dass der Ernst der Lage auch für uns erkennbar sein sollte. Da muss sich jeder, auch ich, an seine eigene Nase fassen und sich überlegen, wie wir mit den Generationen umgehen.

Es wäre doch fatal, wenn wir am Ende dieser Debatte feststellten, dass wir nicht die Gäste auf einer Grillparty sind, sondern dass wir selbst auf dem Rost sitzen und es verdammt heiß wird. Deswegen glaube ich, dass die Bemühungen um die CO<sub>2</sub>-Ausstoß-

reduzierung auch aus Sicht der Sozialdemokratie verstärkt werden müssen.

Der vergangene Sommer hat doch den Menschen deutlich vor Augen geführt, welche Folgen für die Wasserbewirtschaftung, für die Wälder und für das eigene Leben drohen.

Vorhin habe ich über die Kippunkte gesprochen und darüber, weshalb wir uns auf 1,5°C geeinigt haben. In der Bevölkerung ist allen klar geworden – diese Anfragen haben Sie doch auch, Kolleginnen und Kollegen –, dass wir handeln müssen. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, um in die Zukunft gehen zu können.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Herr Wagner von der AfD-Fraktion möchte eine Zwischenfrage stellen.

**André Stinka (SPD):** Ja.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke, dass Sie das zulassen. – Bitte schön, Herr Wagner.

**Markus Wagner (AfD):** Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben vorhin so einen schönen Vergleich gemacht: statt zu grillen, liegen wir demnächst auf dem Rost.

Am 28.11.2018 fand im Umweltausschuss des Bundestages eine Anhörung zum Thema „Klimawandel“ statt. Dort wurde Professor Dr. Levermann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung nach der Mitteltemperatur der Erde in vorindustriellen Zeiten gefragt. Seine Antwort war, die hätte 15 °C betragen.

Das Jahr 2016 wurde ausgezeichnet als das „hottest year ever“, das heißeste Jahr aller Zeiten. Das Jahr 2016 hatte eine globale Mitteltemperatur von 14,8°C.

(André Stinka [SPD]: Kommen Sie zu Ihrer Frage, bitte!)

Die kommt jetzt: Können Sie mir bitte den Widerspruch erklären, warum wir in der vorindustriellen Zeit – also ohne CO<sub>2</sub> – eine Mitteltemperatur von 15°C hatten und das Jahr 2016 zum heißesten Jahr aller Zeiten erklärt wird, obwohl die Mitteltemperatur 14,8°C betragen hat? Herr Professor Levermann konnte das nicht, vielleicht können Sie es.

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt kommt der Meteorologe!)

**André Stinka (SPD):** Wofür wir Sozis alles zuständig sind, das ist erstaunlich. – Wissen Sie, Herr Wagner, ich verlasse mich auch auf das Potsdam-Institut. Ich sehe auch den CO<sub>2</sub>-Anstieg, den wir industriell seit Beginn der Industrialisierung verursacht haben.

Ich bin Politiker geworden, weil ich vom Vorsorgeprinzip ausgehen kann. Wenn wir hohe Temperaturen schon in früheren Jahrhunderten hatten – das wissen Sie auch –, breiteten sich danach Krankheiten aus oder es herrschte Not aufgrund fehlender Ernten. Ich habe keine Lust auf ein Experiment, dessen Ende ich nicht kenne und das auf dem Rücken von vielen Menschen ausgetragen wird.

Herr Loose hat vorhin von Flüchtlingen gesprochen. Warum haben wir denn solche Flüchtlingsbewegungen?

(Christian Loose [AfD]: Weil Sie Waffen exportieren!)

Wenn ich die Fakten kenne und ich den Klimawandel und die Klimafolgenabschätzung klar vor Augen habe, dann muss ich versuchen – das tue ich auch aus voller Überzeugung –, dagegen zu handeln. Wenn ich weiß, dass der CO<sub>2</sub>-Anstieg durch die Industrie und durch unser aller Leben verursacht wird, dann müssen wir aus Gründen der Ressourceneffizienz hier sparen, auch um Innovationen in Gang zu setzen.

(Beifall von der SPD)

In Richtung von Herrn Loose möchte ich ganz deutlich sagen: auch um Innovationen in Gang zu setzen. Wenn wir Ihre Politik auf Nordrhein-Westfalen übertragen würden, dann wären wir noch nicht einmal bei der Dampfmaschine angekommen. Das möchte ich nicht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Herr Loose, wenn jemand jahrelang großen Energiekonzernen eine Monopolstellung einräumen will und jetzt etwas gegen Wettbewerb sagt, komme ich ganz stark ins Grübeln.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ganz vorsichtig. – Ich bin für Innovation, und ich sage Ihnen: Verantwortliche Politiker haben Vorsorgepolitik zu betreiben. Darauf beziehe ich mich, und darauf beziehen sich auch die Klimaschutzanstrengungen, die wir hier im Land einleiten. Deswegen macht das, glaube ich, Sinn.

In meiner Rede gerade, Herr Wagner, habe ich auch nicht vom heißesten Sommer gesprochen. Das war nicht das Jahr 2018.

(Markus Wagner [AfD]: Aber wie lösen Sie den Widerspruch auf?)

Ich beziehe mich auf den CO<sub>2</sub>-Gehalt, der um 45 % gestiegen ist. Wir wissen alle, was das mit Sonnenstrahlung macht. Ich vertraue Herrn Schellnhuber, der die Kanzlerin sehr intensiv berät, und Herrn Edenhofer. Von daher glaube ich, dass wir hier richtig liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises wird dazu beitragen, dass wir ehrliche Preise und eine Lenkungswirkung bekommen. Wir wissen vom Bundesverband der Industrie, der nun wirklich keine Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer auch in Innovationen gehen, sobald sie wissen, wie sich der CO<sub>2</sub>-Preis entwickelt.

Für uns ist allerdings klar, dass wir sozial ausgewogen vorgehen werden und müssen. Die Umweltministerin hat das in ihren Ausführungen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung schon deutlich gemacht. Wir kennen die Fragen der Pendlerinnen und Pendler, der Wärmeversorger, der Vermieterinnen und Mieter.

Deswegen ist es doch wichtig, dass die Investitionen, die Einnahmen durch CO<sub>2</sub> dazu beitragen – hier kann man noch einmal die Brücke zu Herrn Seehofer schlagen –, dass Gebäude saniert werden. Denn wir wissen sehr wohl, dass Menschen mit niedrigen Einkommen häufig genau in den Wohnungen leben, die schlecht isoliert sind. Ich möchte sie vor den Nachzahlungen bewahren. Das ist für uns ein ganz entscheidender Punkt.

Ich will noch einmal auf die europäische Ebene zurückkommen. Wir wissen auch, dass sich die Bereiche Gebäudewirtschaft, Verkehr und Abfallwirtschaft eben nicht im Emissionshandel befinden. Weiter wissen wir – ich habe doch gerade das Kanzleramt erwähnt –, dass wir am Ende des Jahres – Beginn zum nächsten Jahr – Strafzahlungen leisten müssen. Insofern bin ich ganz Nordrhein-Westfale. Ich will das Geld hier bei uns behalten und in die Industrie – für Innovationen – und in die Forschung stecken, damit wir gemeinsam eine Zukunft, die ressourcenarm und für die Menschen arbeitet, auch hier in Nordrhein-Westfalen organisieren können.

Herr Pofalla, der unverdächtig ist, der Sozialdemokratie nahezustehen, hat das in seinen Ausführungen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung noch einmal deutlich gemacht. Auch ihm ist es wichtig, dass wir über eine CO<sub>2</sub>-Steuer reden und diese organisieren. Des Weiteren sollten wir darüber reden, wie wir die Lenkungsmechanismen, die in Finnland und Schweden angewandt werden, auch für Nordrhein-Westfalen nutzen können. Es geht darum, Arbeit, ökologische Wende und Innovationen gemeinsam zu organisieren.

Weiter geht es auch darum, die Menschen möglichst in ihrer Gesamtheit mitzunehmen. Frankreich ist – das ist ganz klar – das warnende Beispiel gerade für Sozialdemokraten und für Menschen in ländlichen Räumen, das uns in der Diskussion behilflich sein wird, und uns klar macht, dass den Menschen hier deutlich gemacht werden muss: Auch wenn alle für Klimaschutz sind, ist doch eine gewaltige gesellschaftliche Kraftanstrengung notwendig, der wir uns alle stellen sollten. Eine Politik des Verharrens oder

das Verweisen auf die Temperaturen im Jahr 1540 wird nicht helfen.

(Markus Wagner [AfD]: 1850!)

– Oder 1850. Das lehnen wir auch ab. Eine breite Diskussion aber ist notwendig. Dabei hoffe ich – gerade bei den Kollegen der CDU – auf mehr, als dass man sich auf Robert Habeck bezieht. Seien Sie doch einmal ein bisschen selbstbewusst und schauen Sie darauf, was Sie bei Herrn Töpfer oder vielleicht sogar bei Frau Merkel abschauen können; vielleicht hat sie nach Jahren ihre Liebe zum Klimaschutz wiederentdeckt. Da haben wir genug Wissen.

Wir sind ein starkes Bundesland mit vielen Innovationen und Ansätzen in guten Bereichen. Wenn wir diese bündeln und in die Debatte einbringen, können wir eine starke Stimme unseres Bundeslandes sein. Dazu muss Herr Laschet nicht einmal ein Jackett anziehen, das ihn an Robert Habeck erinnert. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Witzel.

**Ralf Witzel<sup>1)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mehrheit der Wissenschaftler warnt uns vor den Konsequenzen eines wachsenden CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Hinblick auf die zukünftige globale Entwicklung. Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 sowie der EU-Gesetzgebung ist Deutschland verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu reduzieren.

Ein CO<sub>2</sub>-Preis setzt dabei Anreize, in moderne Technologien zu investieren. Wenn es kostengünstiger ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, werden Unternehmen ihre Emissionen aus ökonomischem Eigeninteresse heraus senken.

Zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt es grundsätzlich zwei Modelle: eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder einen Emissionshandel. Bei der CO<sub>2</sub>-Steuer bestimmt die Politik den Preis für den Ausstoß einer Tonne CO<sub>2</sub>. Der Staat kassiert dann Geld. Es ist aber unmöglich, damit ein konkretes Emissionsziel zu erreichen. In Zeiten guter Konjunktur kann sich die Steuer als zu niedrig und damit nutzlos erweisen, während eine zu hohe Steuer in schlechten wirtschaftlichen Situationen zu finanzieller Überlastung von Bürgern und Unternehmen führen kann.

Sie hat ferner negative soziale Folgen. Wenn die Steuer zu sinkenden Emissionen in konkreten Sektoren führen soll – beispielsweise zukünftig auch im Verkehrsbereich –, muss sie so hoch sein, dass sich manche Bürger Mobilität nicht mehr leisten können.

Davon sind natürlich zuallererst Menschen mit niedrigem Einkommen betroffen, aber auch Pendler. Diese kleinteilige bürokratische Steuerungswut findet zu Recht keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer lehnen wir daher auch ab.

Der Emissionshandel ist der CO<sub>2</sub>-Steuer klar überlegen. Die Politik legt dann nämlich eine jährlich sinkende Obergrenze für die Menge an CO<sub>2</sub>-Ausstoß fest und vergibt entsprechend viele Zertifikate in Bezug auf Emissionsberechtigungen. Für jede Tonne CO<sub>2</sub> muss der Emittent am Ende des Jahres ein Zertifikat abgeben. Diese sind am Markt frei handelbar. Der Preis ergibt sich marktwirtschaftlich aus Angebot und Nachfrage. Am europäischen Handelssystem ETS nehmen bislang die Unternehmen aus der Industrie sowie der Energiewirtschaft teil.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Zum einen geht es dabei um die Zielerreichung. Durch die festgelegte CO<sub>2</sub>-Gesamtmenge lassen sich die Emissionsziele besser erreichen.

Zum anderen ist die ökonomische Effizienz zu nennen. Im ETS sind keine Einsparziele für einzelne Wirtschaftsbereiche definiert, sondern es geht dabei nur um die Gesamtmenge über alle Sektoren hinweg. Der freie Handel führt dazu, dass Unternehmen mit hohen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten Zertifikate kaufen, während solche mit geringen Vermeidungskosten diese gerne verkaufen. Dadurch ist sichergestellt, dass CO<sub>2</sub> an der Stelle eingespart wird, an der dies zu den objektiv geringsten Kosten möglich ist. Dennoch haben alle Unternehmen einen Anreiz, in emissionsarme Technologien zu investieren, um zukünftig Kosten zu sparen.

Außerdem geht es um Sozialverträglichkeit. Da das ETS nur die Gesamtmenge und nicht die Stelle vorgibt, an der CO<sub>2</sub> eingespart werden soll, müssen die Emissionen beispielsweise im Verkehr nicht zwangsläufig sinken. Aufgrund der dort vergleichsweise hohen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten wird dieser Sektor seinen Beitrag durch den Kauf von Zertifikaten leisten. Das Emissionsziel wird dennoch erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Weiterhin geht es uns um Internationalität. Die ökologischen Auswirkungen von Maßnahmen sind stets international zu bewerten. Der Umwelt ist es nämlich völlig egal, wo das CO<sub>2</sub> herkommt oder reduziert wird. Das ist eine der großen Stärken des ETS: Emissionen sinken – aber eben dort, wo es am kostengünstigsten ist. Dies gilt sowohl für die nationalen Wirtschaftsbereiche als auch, geografisch gesehen, international. Hauptsache, der Ausstoß wird reduziert.

Wenn es für deutsche Unternehmen finanziell günstiger ist, CO<sub>2</sub>-Zertifikate im Ausland zu kaufen, als Emissionen vor Ort zu reduzieren, tragen sie damit trotzdem zu derselben CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei, denn

das CO<sub>2</sub> muss dann automatisch in anderen Ländern mit geringeren Vermeidungskosten eingespart werden.

Zu den praktischen Fragen. Die FDP tritt für neue Wege in der CO<sub>2</sub>-Reduktion ein, aber eben nicht für Klimanationalismus wie die Grünen. Wir brauchen gerade keine nationalen Alleingänge, sondern international tragfähige Vereinbarungen, die zukunftsfähig sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wer eine effektive CO<sub>2</sub>-Vermeidung will, erreicht nichts, wenn Produktionsstandorte nur global verlegt werden.

Als nächsten Schritt wollen wir den Verkehrsbereich und den Wärmesektor in das europäische ETS integrieren. Die Gesamtmenge an Zertifikaten muss dafür natürlich entsprechend der aktuellen Ausstoßmenge der betroffenen Sektoren erhöht werden, um einen sprunghaften Anstieg der Zertifikatspreise zu vermeiden.

Zur Entlastung der Verbraucher und Unternehmen sollen ferner die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten herangezogen werden. Das wäre eine ökologisch orientierte Steuerreform auf marktwirtschaftlicher Basis.

Der bisher beschrittene Weg hat Deutschland jedenfalls in die Sackgasse geführt. Neben dem europäischen Emissionshandel werden heute erneuerbare Energieträger gefördert sowie ordnungsrechtliche und fiskalische Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen.

Immer mehr parallel laufende, nicht aufeinander abgestimmte und sich teilweise sogar widersprechende Einzelmaßnahmen führen jedoch gerade nicht zu einem aktuell nennenswerten Fortschritt bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion. Der Instrumentenmix ist kleinteilig, redundant und bürokratisch. Er ist unwirtschaftlich, weil kein Anreiz besteht, innerhalb der Sektoren und über Sektorengrenzen hinweg nach den kostengünstigsten Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung zu suchen.

Immer größer werden – zu Recht – die Zweifel an der Bezahlbarkeit der Versorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit einer Energiepolitik, denen Deutschland nun mit marktwirtschaftlichen und effizienten Maßnahmen begegnen muss.

Einen spürbaren Effekt hat die Politik der vergangenen Jahre in erster Linie auf die Energiekosten gehabt, die Bürger und Unternehmen zu schultern haben. Die Haushaltsstrompreise haben sich seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt, die Industriestrompreise sind auf das 2,7fache gestiegen. Den größten Anteil daran haben vom Staat verursachte Steuern, Abgaben und Umlagen sowie durch die Energiewende erhöhte Netzentgelte. Subventionen

für energieeffizientere Produktionen, Bau und Heizungen müssen derzeit vom Steuerzahler finanziert werden, und viele Energieeffizienzanforderungen ziehen dabei unrentable Investitionen nach sich.

Unter den steigenden Energiepreisen leiden insbesondere einkommensschwache Mitglieder unserer Gesellschaft. Außerdem sind Millionen Arbeitsplätze gefährdet, wenn deutsche Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Daher muss diese Preisspirale nun dringend gestoppt werden.

Die Ziele der CO<sub>2</sub>-Reduktion sind bislang weitgehend verfehlt worden. Es ist daher Zeit, neue, moderne Wege zu denken und zu beschreiten. Wir wollen dafür Europas Chancen nutzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächster hat der fraktionslose Abgeordnete Herr Pretzell das Wort.

**Marcus Pretzell** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Starkregen, Überschwemmungen, Hitze, Stürme – eines muss man Ihnen lassen: Was Sie da zu Papier gebracht haben, hat Hollywood-Blockbuster-Qualität. Vielleicht ergänzen Sie es demnächst um Kälte, Dürre, Windstille oder ähnliche Katastrophen.

Wenn man Ihren Antrag liest, hat man das Gefühl, Sie möchten den Bürgern erklären, bei der CO<sub>2</sub>-Steuer handele es sich um die beste Steuer aller Zeiten. Steuern sind immer legalisierter Raub. Eines muss man Ihnen lassen: Das Framing ist gut. Früher mussten Politiker den Bürgern noch erklären, was sie mit einer eingenommenen Steuer anfangen, wie sie sie sinnvoll verwenden wollten. Das müssen Sie jedoch gar nicht mehr; denn mit Ihrer CO<sub>2</sub>-Steuer erklären Sie dem Bürger schon jetzt, dass die Steuer an sich, also das Gelderpressen vom Bürger an sich, ein Gewinn für den Bürger sei. Chapeau!

Die Preise müssten der ökologischen Wahrheit entsprechen, sagen Sie. Es sei mehr Marktwirtschaft, wenn man CO<sub>2</sub> bepreise, und es fördere die Innovation. Es muss heute ein Erdbeben in London gegeben haben. Karl Marx rotiert in seinem Grab und fragt sich, warum er nicht selbst auf diese tollen Ideen gekommen ist.

Meine Damen und Herren von den Grünen, was Sie hier betreiben, ist die größte Umweltheuchelei überhaupt. Sie sind verantwortlich für die Energiewende und ganz maßgeblich auch dafür, dass Schneisen in deutsche Wälder geschlagen und Tausende Tonnen Beton in den Boden gekippt werden. Zudem sind Sie verantwortlich für die Folgeprobleme bei abgenutzten Windkraftträdern.

(Zuruf von Inge Blask [SPD])

Das Allerschlimmste aber ist: Sie produzieren damit ein Problem, welches das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt zuletzt in einer Studie wissenschaftlich begutachtet hat. Es ist zu dem Schluss gekommen, dass die in Deutschland aufgestellten Windräder ungefähr 1.200 t Insekten jährlich töten. Der NABU erwidert, 400.000 t würden von Vögeln gegessen, insofern spielen das keine Rolle. Hierbei handelt es sich aber im Wesentlichen um Weibchen, die auf dem Weg zur Eiablage die Windströmungen nutzen, und damit gehen Tausende Eier pro Weibchen, die zur Eiablage gedacht sind, flöten. Abgesehen davon ist das natürlich nicht gendergerecht, was Sie da machen.

Die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung attestiert wissenschaftlich saubere Arbeit. Frau Schulze vom Bundesumweltministerium sieht keinen weiteren Forschungsbedarf. Und was machen Sie? Sie haben auch noch die Chuzpe, der deutschen Landwirtschaft die Schuld an diesem Insektensterben in die Schuhe zu schieben, das sich in den letzten 15 Jahren, seit dem starken Ausbau der Windenergie – oh Wunder! –, beschleunigt hat.

Meine Damen und Herren von den Grünen, das ist Umweltheuchelei auf ganz hohem Niveau. Sie werden sich entscheiden müssen, wenn Sie das Klima denn wirklich retten wollen: weiter Kohle oder Ausbau der Kernenergie. Das wäre tatsächlich ein Beispiel für CO<sub>2</sub>-Vermeidung: der Ausbau der Kernenergie. Dem verweigern Sie sich bedauerlicherweise entgegen aller wissenschaftlichen Möglichkeiten ebenfalls. – Danke schön.

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Professor Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie es mich vorab ausdrücklich klarstellen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung steht zu den Zielen des Klimaschutzabkommens von Paris und bekennt sich zu dem Ziel, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral wirtschaften soll.

Was uns jedoch von der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterscheidet: Wir wollen die Klimaschutzziele möglichst ideologiefrei, technologieoffen und mit den effizientesten Mitteln und Instrumenten erreichen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

um die Belastungen für Bürger, Unternehmen und Arbeitsplätze so gering wie möglich zu halten.

Das Thema einer Bepreisung von Treibhausgasemissionen, das wir hier besprechen können, hat in den letzten Monaten deutlich an Fahrt gewonnen. So hat unter anderem die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung die Prüfung der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit Lenkungswirkung in den Sektoren ergänzend zum europäischen Emissionshandel empfohlen. Das haben wir hier schon vortragen und diskutieren können.

Daneben gibt es inzwischen viele unterschiedliche Meinungen und Stimmen aus der ökonomischen Wissenschaft und von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Richtig ist, dass wir eben nicht durch den vom europäischen Emissionshandel geregelten Bereich ein Defizit der Zielerreichung haben. Rechtsverbindlich haben wir für 2030 ein Reduktionsziel von 38 % gegenüber 2005. Die Gefahr einer Zielverfehlung ist nicht von der Hand zu weisen. Betroffen sind hier insbesondere die Sektoren Verkehr und Gebäude. Es besteht also Handlungsbedarf.

(Inge Blask [SPD]: Genau!)

Richtig ist auch, dass unser bisheriges, in Jahrzehnten gewachsenes System von Abgaben und Steuern mit der energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Herausforderung offensichtlich nicht mehr kompatibel ist. Stark belastet wird der Strom zu 75 % mit Steuern und Abgaben, gering belastet sind fossile Energieträger in der Wärme. Dies behindert den Einsatz des mehr und mehr regenerativ erzeugten Stroms im Gebäudebereich, aber auch im Verkehr. Die sogenannte Sektorkopplung ist aber erforderlich, um auch bei Gebäudewärme und im Verkehr die erneuerbaren Energien voranzubringen.

Zuzustimmen ist auch, dass eine Lösung sinnvollerweise nicht national, sondern möglichst europäisch, wenn möglich sogar international erfolgen muss.

(Beifall von der CDU, der FDP und Michael Hübner [SPD])

Denn Treibhausgasemissionen kennen keine Grenzen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kann man sich in der Diagnose vielleicht – ich entnehme das auch dem Beifall – weitgehend noch einigen, so gibt es in der Therapie noch erhebliche Unterschiede.

Ausgangspunkt – dies ist wohl noch weitgehend Konsens – ist, dass Treibhausgasemissionen ihren Preis haben sollten. Hier stimmen wir überein, denn der Preis ist das freiheitliche Mittel, Verhalten zu steuern. Im Gegensatz zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der eine preisgesteuerte Regulierung mit Kompatibilität zum bestehenden Emissionshandel vorschlägt, hält die Landesregierung

eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung möglichst innerhalb des europäischen Emissionshandels, kurz ETS, für zielführender.

Der Emissionshandel erfüllt per Definition nämlich seine klimapolitischen Vorgaben. Die notwendige Koordination findet dabei nicht über politisch oder bürokratisch vorgegebene Sektorziele oder sektorale Sonderpreise statt, sondern über den Markt. Dieser hat sich historisch als das effektivste Koordinierungssystem bewährt und sorgt im ETS für eine entsprechende Allokation der noch zur Verfügung stehenden Treibhausgasemengen.

Den von den Antragstellern geforderten Mindestpreis im ETS-Zertifikatehandel hält die Landesregierung konsequenterweise für einen ineffizienten Eingriff in den Marktmechanismus und lehnt diesen ab. Das von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgesehene System setzt demgegenüber auf eine Preissteuerung, von der erhofft wird, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, getrieben durch die steigenden Preise, die die Politik vorgibt, ihre Emissionen im notwendigen Umfang verringern.

Da das Verhalten der Energieabnehmer aber nicht vorhersehbar ist, ist auch eine entsprechend zielführende Preisvorgabe nicht zu prognostizieren. Bezeichnend ist, dass sich der Antrag der Grünen auch entsprechender Zahlen enthält. In seiner Zielerreichung ist dieser Ansatz also unbestimmt.

Konsens scheint auf den ersten Blick allerdings zu sein, dass eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung, wenn man sie denn machen will, den Grundsätzen der Aufkommensneutralität und der Sozialverträglichkeit folgen sollte.

Mit dem im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen pro Kopf auszuzahlenden Energiegeld soll ein neuer, zwangsläufig mit Bürokratie verbundener und ständig nachzusteuender Umverteilungsmechanismus geschaffen werden. Zudem – das sagt mir jedenfalls meine Lebenserfahrung als Staatsbürger wie als politisch auch vielfach Mitwirkender – wird doch wohl kaum jemand ernsthaft meinen, dass in Deutschland den Bürgern dauerhaft das Geld zurückgegeben würde.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Das muss man noch einmal in Erinnerung rufen, auch mit Blick auf die Debatte zum Soli. Da hatte man gesagt, das bräuchten wir über eine gewisse Zeit. Er ist dann noch einmal verlängert worden. Jetzt ist dieser Strukturprozess abgeschlossen. Trotzdem tun sich unglaublich viele schwer, das Versprechen einzulösen und diese Belastung einzustellen.

(Beifall von der FDP)

Wir sehen, wie schwer das für die Politik ist, etwas zurückzugeben.

Ich erinnere die Grünen auch an die Einführung des EEG. Ich war damals im Bundestag im Finanzausschuss und habe noch Herrn Trittin vor Augen, der gesagt hat, das sei eine geringe Belastung, das werde auch die kleinen Einkommensbezieher kaum belasten; es entspreche einer Eiscreme im Monat. Schauen Sie sich bitte an, wie viele Millionen Haushalte – vor allen Dingen die kleinen viel mehr als die einkommensstarken Haushalte – und wie der Mittelstand heute durch das EEG belastet werden. Das ist im hohen Maße unsozial und auf Dauer auch nicht vertretbar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aus Gründen des Bürokratieabbaus und der sozialen Gerechtigkeit vertreten wir demgegenüber zur Erreichung der Aufkommensneutralität im Falle einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung konsequent eine damit auch gesetzgeberisch unmittelbar einhergehende Vereinfachung des Steuer- und Abgabensystems. Das will heißen: Wenn es zu einer zusätzlichen Belastung kommen sollte, dann muss gleichzeitig an anderer Stelle eine Belastung weggenommen werden.

Das wäre auch zur Sektorkopplungsvereinfachung die Stromsteuer. Das wären aber auch für den Bereich der Wärme die Heizöl- und die Heizgassteuer. Alle drei Abgaben sind regressiv. Sie belasten die kleinen stärker als die starken Haushalte. Insofern wäre damit auch die Sozialverträglichkeit hergestellt. Wir hätten weniger Bürokratie, wir hätten eine deutliche Vereinfachung und deswegen auch eine höhere Steuerungswirkung.

Der Verkehrssektor wird seinen Beitrag zur Reduktion von Emissionen nur leisten können, wenn wir die Kapazitäten auf Schiene und Wasserstraße ausbauen. Deshalb fördert mein Kollege Hendrik Wüst die Erneuerung des kommunalen Stadt- und Straßenbahnnetzes bis 2031 mit 1 Milliarde Euro, weil die Netze ein Upgrade auf die neueste Technik brauchen.

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU])

Deshalb fördert er Gleisanschlüsse von Gewerbe- und Industriegebieten, damit mehr Güter auf die Schiene verlagert werden. Deshalb setzt er sich beim Bund für einen Aktionsplan Wasserstraßen ein, damit die Binnenschifffahrt gestärkt wird.

Mit Blick auf die Grünen muss ich manchmal sagen: Das alles hätte man in Nordrhein-Westfalen auch früher einleiten können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Wir treffen zum Teil eine unglaublich schlechte Infrastruktur an – wenn man es ernst gemeint hätte, wäre sicherlich schon früher manches möglich gewesen.

Natürlich ist sich die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Wirtschaft des Landes und die damit

verbundenen Arbeitsplätze bewusst. Wir setzen uns nach wie vor für den Schutz der im globalen Wettbewerb stehenden energieintensiven und durch den Emissionshandel belasteten Unternehmen und Wertschöpfungsketten ein. Mit einer Verlagerung von Standorten in das Nicht-EU-Ausland zu Produktionsbedingungen, die nicht unseren Umwelt- und Klimaschutzstandards entsprechen, ist niemandem gedient, schon gar nicht dem Klima.

Die Landesregierung wird sich daher auch in Zukunft für einen Schutz der betroffenen Industrien vor dem Risiko von Carbon-Leakage einsetzen. Noch einmal: mehr Klimaschutz, aber mit Sinn und Verstand, möglichst mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, sozialverträglich, möglichst bürokratiearm und bitte mit der Industrie und unseren Arbeitsplätzen und nicht gegen sie! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Hübner das Wort.

**Michael Hübner (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pinkwart, die Analyse hat mich ja noch halbwegs überzeugt, auch Ihre Zielsetzung. Ich glaube, da sind wir nicht weit auseinander. Sie führten dann aus, dass die Therapie in unterschiedlicher Art und Weise von den verschiedenen Fraktionen hier bewertet wird. Da will ich Ihnen auch zustimmen: Das wird in unterschiedlicher Art und Weise bewertet.

Wir sehen – das kann man zusammenfassend sagen – kaum Bewegung, dass Sie seitens der Landesregierung in tatsächliche Maßnahmen eintreten wollen. Ich will Ihnen auch begründen, warum ich nach dem Verlauf dieser Debatte zu dieser Auffassung gekommen bin.

Sie und auch Herr Witzel reden dem ETS-Handel klimapolitisch das Wort. Der ETS-Handel ist erkennbar gescheitert. Das will ich an dieser Stelle festhalten.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Weil er gescheitert ist, müssen wir zu anderen Überlegungen kommen, weshalb wir die Initiative der Grünen, die heute vorgelegt wird, sehr begrüßen.

Der ETS-Handel hat nicht die Verwerfungen erzeugt; das ist richtig. Zweitens ist aber auch richtig, dass er dazu beigetragen hat, dass die CO<sub>2</sub>-Ziele, die bis 2020 nicht erreicht werden, die Klimaziele, die bis 2020 nicht erreicht werden, nicht zu erreichen sind.

Das heißt, Herr Witzel, das Ziel, das Sie gerade vorgegeben haben, erinnert mich ein bisschen daran, dass Sie sagen, Sie wollen gar nicht die CO<sub>2</sub>- und die Klimaziele erreichen, und halten den ETS-Handel

sozusagen künstlich davor. Das ist nicht in Ordnung und ist auch keine redliche Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer hat das denn gesagt? Wer hat so etwas Falsches behauptet? Niemand hat das behauptet!)

Eine redliche Politik, Herr Witzel, ist, zu erkennen, dass der Erfolg nicht so eingetreten ist,

(Ralf Witzel [FDP]: Redlich wäre, wenn Sie hier nicht was Falsches behaupten! Niemand hat dazu etwas gesagt! Niemand!)

und dass man sich, wenn es so ist, dann anderen Wegen nähert.

Ich will an dieser Stelle sagen: Ja, wir bekennen uns zum Entwurf einer CO<sub>2</sub>-Steuer, die die entsprechenden sozialen Verwerfungen nicht erzeugt. Die Belege und die Beispiele gibt es dafür; Herr Kollege Stinka hat sie vorhin vorgetragen. Es gibt sie in der Schweiz, es gibt sie in anderen Ländern.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Es ist nicht der Fall, dass das eintritt, was Sie vorhalten, indem Sie sagen, damit werde der Pendler übermäßig belastet. Nein, der Pendler wird nicht übermäßig belastet, weil er am Ende des Jahres wieder entlastet wird.

(Dietmar Brockes [FDP]: Da wird dann die Sozialdemokratie entlastet! – Gegenruf von Henning Höne [FDP]: Das ist natürlich sinnvoll!)

Gerne sind wir bereit, auch über ein Modell zu diskutieren – wozu Sie ja nicht bereit sind –, das genau diesen Anforderungen gerecht wird. Das ist ein klar marktwirtschaftliches Modell, das ist ein klar steuerbares Modell, und es ist im Sinne des Verbraucherschutzes auch ein richtiges Modell, das wir diskutieren wollen.

Tatsächlich ist es doch so: Herr Dr. Untrieser, ich habe immer noch nicht ganz genau verstanden, wo die CDU hier steht,

(Monika Düker [GRÜNE]: Das wissen sie selber nicht!)

ob die CDU ihren Ministerpräsidenten unterstützt, wenn er sagt, man könne auch über CO<sub>2</sub>-Besteuerungssysteme nachdenken, wenn sie innovativ sind, wenn sie die Anforderungen reflektieren, die ich Ihnen gerade genannt habe, beispielsweise, dass es marktwirtschaftliche Instrumente sind, oder ob die CDU aufseiten ihres Koalitionspartners steht, der sagt, jede Überlegung darüber sei Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, und davor müssten wir die Bürger schützen – was meines Erachtens ein völliger Fehlschluss ist.

Das ist heute sehr deutlich geworden. Ich bedauere zutiefst, dass der zuständige Minister heute den ETS-Handel in der Konsequenz so vorgetragen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, wir haben Wahlkampf, und ich kann auch die eine oder andere Rede verstehen, wenn sich vonseiten der CDU an Robert Habeck abgearbeitet wird. Ich möchte das ergänzen. Ich habe Herrn Stinka gut zugehört: Alle neun Minuten verliebt sich ein Journalist. – Ich habe heute den Eindruck gewonnen, Sie haben sich in Robert Habeck verliebt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das verstehe ich ehrlich gesagt nicht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich schon! – Heiterkeit)

Ich gebe gerne zu, dass ich ihn nicht so attraktiv finde.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Das mag in meiner Betrachtung richtig sein; andere finden das anders. Aber es kann doch hier nicht der Maßstab sein, wenn wir in eine ernsthafte klimapolitische Auseinandersetzung gehen über ein Instrument, das von vielen Wirtschaftsinstituten zu Recht gefordert wird.

Dann müssen wir uns hier minutenlang anhören, wer wieviel Sympathie für den einen oder anderen Politiker von einer anderen Fraktion hat. Sie müssen klarmachen, welche Position die CDU in Nordrhein-Westfalen verfolgt. Das ist Ihre Aufgabe. Dieser Aufgabe sind Sie überhaupt nicht gefolgt, sondern Sie haben allenfalls die Nebelmaschine angeworfen.

Einige letzte Bemerkungen zu den steuerlichen Zusammenhängen, die Sie, Herr Pinkwart, aufgeworfen haben. Eine Steuer wird nie wieder abgeschafft. Ich darf daran erinnern, dass der Soli, der durch Schwarz-Gelb eingeführt worden ist, oder die Sektsteuer viele Wirtschaftsminister der FDP – ich glaube, einer hieß Lamsdorff – überlebt haben. Ich glaube, da gab es immer genügend Situationen, um zu einer entsprechenden Kurve zu kommen.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach ...

**Michael Hübner (SPD):** Wenn man erkennt, dass eine Steuer nicht erfolgreich ist, dann kann man sie abschaffen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das hat die Sozialdemokratie schon oft gemacht!)

Das ist die Bewertung, die wir hier vorzunehmen haben. Sie haben das nicht getan. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Hübner, es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Gestatten Sie die noch?

**Michael Hübner (SPD):** Ja.

**Präsident André Kuper:** Der Kollege Rehbaum hat das Wort.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Rehbaum, dann erklären Sie mal: Sind Sie bei AKK?)

**Henning Rehbaum (CDU):** Moment, wer stellt jetzt die Fragen hier?

(Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Sie dürfen gerne fragen!)

Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Zuständig für dieses Thema auf Bundesebene in dem dortigen Kabinett ist Ihre Parteikollegin, unsere ehemalige Landtagskollegin Svenja Schulze. Welche konkrete Position hat Frau Schulze denn in dieser Frage der CO<sub>2</sub>-Steuer, und welches Preisschild hängt sie an dieses Thema?

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Hübner.

**Michael Hübner (SPD):** Die Position habe ich Ihnen gerade deutlich gemacht. Das ist die Position, die ich hier auch vertrete, nämlich dass wir eine CO<sub>2</sub>-Steuer mit den entsprechenden Konsequenzen in Deutschland einführen wollen. Wenn Sie mir zugehört hätten – das haben Sie offensichtlich nicht –, dann hätten Sie das auch daraus schließen können.

Ich darf Sie daran erinnern, dass nicht nur Svenja Schulze für dieses Thema zuständig ist, sondern dass eine Abgabe alle Ministerien treffen wird, entsprechend den Sektoren, in denen sie Verantwortung tragen. Dafür ist übrigens auch ein gewisser Wirtschaftsminister zuständig, der Ihrer Fraktion in Berlin zugerechnet wird, genauso wie ein gewisser Verkehrsminister, der Ihrem Koalitionspartner und dem sozialdemokratischen Koalitionspartner aus Bayern zugerechnet wird, und der von diesen Themen nichts wissen will.

Der Versuch, alles nur beim Thema „Umwelt“ abzuladen und zu fordern, diese müsse eine Lösung herbeiführen, geht völlig schief. Sie sehen jeden Freitag, dass dieses Thema nicht nur ein umweltpolitisches Thema ist, sondern das ist eine gesellschaftliche Bewegung, bei der sich viele Menschen für ein richtiges und wichtiges Ziel einsetzen. Da unterstützen wir Svenja Schulze ausdrücklich. – Ich danke Ihnen für die Fragen.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Abgeordnete Frau Brems das Wort.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir hören hier immer wieder die großen Bekenntnisse zum Klimaschutz. Aber das Konkrete wird dann doch immer wieder auf die lange Bank geschoben.

Wir haben viele Argumente für einen Emissionshandel gehört. Das hört sich zunächst vielleicht ganz gut an, aber wir wissen, dass der Emissionshandel keine Neuinvestitionen auslöst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn wenn wir dahin kämen, dass die anderen Sektoren entsprechend eingebunden wären, dann würden sie sich der Zertifikate dort bedienen, statt neue Technologien einzuführen. Das würde dazu führen, dass gerade aus dem Energiesektor

(Dietmar Brockes [FDP]: Quatsch!)

viele Zertifikate in andere Bereiche gingen. Und das wiederum wäre industrieschädlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP und auch Herr Wirtschaftsminister, es kann eigentlich nicht in Ihrem Sinne sein, dass das so geht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist falsch, was Sie da erzählen!)

– Nein, das ist nicht falsch, Herr Kollege, sondern das ist genau die Entwicklung, die da absehbar ist.

Während wir uns hier viele Vorwürfe anhören mussten, ein Ablenkungsmanöver nach dem anderen, kam hier wirklich kein eigener Vorschlag, erst recht nicht von der CDU. Wir sollten hier angeblich Farbe bekennen. Aber, ehrlich gesagt, wenn wir uns unseren Antrag anschauen, dann sehen wir: Unsere Vorschläge sind zehnmal konkreter als Ihre Ansätze.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu guter Letzt möchte ich auf einen wichtigen Punkt zurückkommen: Die Preise müssen ehrlich werden. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer ist natürlich kein Allheilmittel für den Klimaschutz. Aber es wäre ein erster Schritt, und es wäre ein sehr wichtiger Schritt, der auch die Industrie und überhaupt alle Bereiche mitnimmt. Es ist dringend an der Zeit, dass wir alle der Klimakrise entgegengetreten, statt immer nur Bekenntnisse von sich zu geben, die einfach nicht ausreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die AfD hat nun noch einmal der Abgeordnete Loose das Wort. Er hat noch 15 Sekunden Redezeit.

**Christian Loose (AfD):** Herr Untrieser, das Titanic-Beispiel ist wunderbar. Sie alle stehen nämlich dort an der Reling und werfen links und rechts Geld ins Wasser, ändern aber überhaupt nicht den Kurs der Titanic. Wir als AfD wollen aber um den Eisblock herumfahren. Und das ist auch eine Lösung im Sinne der Menschheit. Denn die Menschheit hat sich schon immer angepasst – das schon seit Jahrtausenden, und es hat immer funktioniert.

(Zurufe)

Ganz kurz zu Ihnen, Herr Stinka: Ja, ich stehe auch für RWE-Malocher hier noch am Platz. Das haben Sie als SPD inzwischen vergessen.

Ein letzter Punkt: Ressourcenschonung ist ganz wichtig. Aber auch Geld ist eine Ressource, mit der man andere Ressourcen kaufen kann. Ich weiß, bei Geld klappte das mit der SPD noch nie so richtig gut. Sie wollen es immer nur ausgeben. Aber leider haben Sie noch nie einen schonenden Umgang mit Geld vollzogen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun noch einmal Herr Minister Professor Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal deutlich machen – egal wie wir bei diesem Thema weiterkommen –: Wir wissen alle, das alleine wird nicht reichen, um die Ziele, die sehr ehrgeizig sind, wirklich so umzusetzen, dass wir Arbeit, Wohlstand und Zukunft für unser Land verantwortlich gestalten können. Dazu gehört viel mehr. Dazu gehört vor allem Innovation. Dazu gehört, dass wir uns auch eine wirtschaftliche Dynamik erhalten, damit wir uns den Umbauprozess leisten können.

Deswegen müssen wir vorsichtig sein. Wenn wir weitere Steuern wollen – auch mit zusätzlichen Bepreisungen –, dann muss das so schlank und so wirksam wie eben möglich geschehen. Wir dürfen uns auch nicht reich rechnen, dass dann wieder etwas neu zu verteilen wäre. Ich habe ja nur Beispiele genannt. Das können wir auf andere Bereiche übertragen. Ich erinnere nur an den Vorschlag, der jetzt – Gott sei Dank – zurückgezogen worden ist, nämlich dass die Grundrente aus der Rentenversicherung querfinanziert werden soll. Es gibt immer wieder neue Überlegungen, wie man glaubt, politische Ziele auch unter

Rückgriff auf andere Einnahmepositionen finanzieren zu können.

Zu glauben, man erhebe eine Steuer, eine Abgabe und gebe sie am Jahresende den Bürgerinnen und Bürgern zurück – das möchte ich in Deutschland gar nicht erst im Feldversuch erleben müssen. Es würde über die Zeit hinweg wenig bis nichts bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Dabei sollten wir auch ehrlich bleiben und nur etwas tun, was auf Dauer wirklich verlässlich aufkommensneutral ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Hübner, Ihre Behauptung ist nicht richtig. Schauen Sie sich das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zum Thema „Klimaschutz“ an. Sie werden sehen, dass das ETS-Handelssystem in dem Bereich, in dem es zuständig ist, nämlich bei Energie und Industrie, seine Ziele natürlich erfüllt.

(Beifall von der FDP – Dietmar Brockes [FDP]:  
Ganz genau!)

Es gibt nämlich gar keine nationalen Ziele, die man erfüllen müsste. Die werden europäisch vorgegeben und auch europäisch erreicht.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es! – Michael Hübner [SPD]: Das ist falsch! Guckt doch selbst nach!)

Es gibt auch keine Strafzahlungen, sondern das System ist aus sich selbst heraus konsistent. Lesen Sie es bitte beim Wissenschaftlichen Dienst nach. Das können Sie googeln und die PDF dort herunterladen. Das ist alles verfügbar.

Ich will das alles nicht zum Ideal erklären; denn auch in dieser Hinsicht gibt es berechtigte Fragen, die erörtert werden müssen. Sie können aber nicht behaupten, dass der Energie- und Industriesektor seine Ziele bis 2020 nicht erreicht hätte, denn er hat sie erreicht. Vielmehr soll er mit dem gerade diskutierten früheren Ausstieg aus der Kohle sogar noch einen Zusatzbeitrag erbringen, damit unterm Strich auch national die gesamten Klimaschutzziele erreicht werden können.

Sie als SPD, lieber Herr Hübner, tragen seit langer Zeit im Bund auch für diese Themen Mitverantwortung, und Sie tragen sie noch heute.

Die deutsche Politik muss sich vergegenwärtigen, dass sie in dem Bereich noch nicht die richtigen Weichen gestellt hat. Beispielsweise müsste im Wärmebereich längst etwas dafür getan werden, dass die Gebäude instand gesetzt und die Heizungssysteme erneuert werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Vorschläge dazu gibt es seit langer Zeit, und sie werden von Ihrer Partei aufgehoben. Wir brauchen auch praktischen Klimaschutz und nicht nur theoretischen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD hat noch mal der Abgeordnete Stinka um das Wort gebeten. Bitte schön.

**André Stinka (SPD):** Herr Minister, so können wir das nicht stehen lassen. Ich habe in meiner Rede vorhin deutlich gemacht, dass der Automobil- und der Gebäudesektor außerhalb des ETS mit Effort Sharing behandelt werden sollten.

Sie sagen, dass dort die Ziele nicht erreicht werden. Aber dann müssen wir von anderen Ländern auf der EU-Ebene am Ende des Jahres Zertifikate kaufen, Effort Sharing genannt. Das haben wir ausgeführt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Sie sagen auf der einen Seite, dass etwas nicht funktioniert, halten aber auf der anderen Seite daran fest, bis wir vor die Wand fahren. Das entspricht nicht der sozialdemokratischen Politik.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Zuhören, was Herr Hübner gesagt hat!)

Für den Gebäudebereich haben wir deutlich gemacht, dass die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Steuer für die Sanierung der Wohnungen der Mieterinnen und Mieter eingesetzt werden müssen. Hören Sie den Rednern zu und kommen Sie mir nicht damit, die Verantwortung immer global bis Usbekistan abzuschieben.

(Markus Herbert Weske [SPD]: Bravo!)

Wir tragen Verantwortung, und wir müssen daran arbeiten. Wir sind ein starker Industriestandort, und Sie sollten dafür eintreten, dass das auch so bleibt.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Daher schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/5724**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Europa und Internationales** federführend, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Verkehrsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wenn Sie dem folgen wollen, bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? –

Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6263. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Pretzell und Neppe. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/6263 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

**5 Der Landtag muss jetzt entschlossen handeln! Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Behörden-skandal im Zusammenhang mit dem publik gewordenen langjährigen und vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde darf sich nicht weiter verzögern! („PUA Lügde“)**

Antrag  
der Abgeordneten  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6270

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

**Markus Wagner (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Es beginnt damit, dass ein kleines Mädchen – sie war gerade sechs Jahre alt – von staatlicher Seite dem in einer Baracke in Lügde lebenden und einschlägig belasteten Andreas V. übergeben wird.

Wer sich die Verhältnisse vor Ort einmal angesehen hat, fragt sich schon da: Ticken die noch ganz richtig? – Wer – wie ich – weiß, was es heißt, ein Kind zu adoptieren, wer weiß, mit welchen Auflagen und Anforderungen an die potenziellen Eltern das verbunden ist, der fragt sich das erst recht.

Das kleine Mädchen, frei Haus geliefert, war für den mutmaßlichen Kinderschänder die ideale Möglichkeit, an weitere Kinder, nämlich an ihren Freundeskreis, heranzukommen, und er nutzte das perfide aus. 41 Kinder sind in Lügde zu Opfern schweren sexuellen Missbrauchs geworden. Ihnen gelten unser Mitgefühl, unsere Anteilnahme und unsere Sorge.

Für mich ist es neben dem Gerichtsprozess, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und den nachfolgenden Strukturreformen die wichtigste